

Zeitschrift: Fachblatt für schweizerisches Heim- und Anstaltswesen = Revue suisse des établissements hospitaliers

Herausgeber: Verein für Schweizerisches Heim- und Anstaltswesen

Band: 41 (1970)

Heft: 4: Sondernummer zur VSA-Tagung in Chur : Gefahren des Heimleiterberufes

Artikel: Bündens Land und Leute : zur diesjährigen VSA-Tagung in Chur

Autor: Allemann, F.R.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-807011>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nr. 4 April 1970 Laufende Nr. 458

41. Jahrgang Erscheint monatlich

AUS DEM INHALT:

*Einladung zur Jahresversammlung 1970
des VSA in Chur*

Ein Bergkanton und seine Heime

Die VSA-Region Graubünden

Unter der Lupe: Der Heimleiter

Bericht über einen Kurs für Mitarbeit im Heim

Regionalchronik

*Der aktuelle Vortrag: Die seelische Situation
des Kleinkindes*

Umschlagbild: Chur aus der Vogelschau (Comet).
Die Illustrationen für dieses Heft wurden uns von
der Photoagentur Comet (Zürich) und vom Ver-
kehrsverein Chur zur Verfügung gestellt.

REDAKTION: Dr. Heinz Bollinger
8224 Löhningen SH, Tel. (053) 7 10 50

DRUCK UND ADMINISTRATION: Stutz + Co.,
8820 Wädenswil ZH, Tel. (051) 75 08 37, Postcheck 80 - 3204

INSERATENANNAHME für Geschäftsinsertate:
Georges Brücher, 8590 Romanshorn TG, Tel. (071) 63 20 33

STELLENINSERTATE: Beratungs- und
Vermittlungsstelle VSA, 8008 Zürich, Wiesenstrasse 2,
Tel. (051) 34 45 75

ABONNEMENTSPREISE: Jährlich Fr. 20.—,
halbjährlich Fr. 12.—, Ausland Fr. 23.—,
Einzelnummer Fr. 2.50 plus Porto

F. R. Allemann

Bündens Land und Leute

*Zur diesjährigen VSA-Tagung in Chur **

Manche Kantone lassen sich gerne eine «Eidgenossenschaft in der Eidgenossenschaft» nennen: einen Bund in sich darzustellen, der auf engem Raum viele deutlich umrissene Teilgebiete zusammenschliesst, gilt schweizerischer Mentalität schon fast als ein Wert an sich. Auf kein anderes Staatswesen im eidgenössischen Verband aber trifft diese Kennzeichnung exakter zu als auf Graubünden. Es ist viel mehr als ein gewöhnlicher Kanton: eine Welt für sich, voll der verwirrendsten Gegensätze und Widersprüche wie sonst wohl nur noch das Wallis und vielleicht, auf freilich ganz andere Weise, das Tessin. Aber wieviel komplizierter ist diese bündnerische Welt doch geartet als die der beiden anderen südlichen Aussenseiter-Kantone!

Das beginnt mit der Geographie. Das Wallis mag man mit einem mächtigen Trog, das Tessin mit einem gross-angelegten Trichter vergleichen. Graubündens Bau entzieht sich allen solchen handgreiflich-anschaulichen Vereinfachungen. Der Umriss seiner Grenzen weist eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem auf, den die Schweiz im grösseren Maßstab darbietet: gedungen im Kern, aber gezackt und verwickelt an den Rändern. Sieht man aber näher hin, dann schwindet diese äusserliche Uebereinstimmung: das innere Gefüge des Kantons mutet unvergleichlich komplizierter an als das der Konföderation im Ganzen. Es gibt nur ein einziges Bild, das ihm gerecht wird und das denn auch in der Literatur stets wiederkehrt: das Bild eines Labyrinths. Der Franzose Depping spricht von einem «immense labyrinthe de montagnes», der Bündner P. C. von Tschanner fast in den gleichen Worten von einem «labyrinthischen Gebirgsnetz».

Wer je in Graubünden gereist ist, der erfährt auf die unmittelbarste Weise die Wahrheit dieser Feststellung.

* Aus «25 mal die Schweiz» (Piper-Verlag)

Die Alpenketten, die das Wallis wie riesige Wälle ummauern, die im Tessin überwiegend von Norden nach Süden streifen und den Kanton in ein System nebeneinanderliegender Längsrinnen aufgliedern, lösen sich hier in eine Fülle einzelner nach allen Richtungen hin auseinander und gegeneinander laufender Bergrippen auf. Die bündnerische Geographie kennt keine Grundlinie, sondern beruht auf einem verwinkelten Nebeneinander und Ineinander schmaler Gänge und enger Durchlässe, die ihrerseits wieder in neue unübersichtliche Verzweigungen hineinführen. Täler und Pässe, Flussläufe und Strassen fächern sich allseits nach den verschiedensten Seiten hin auf; das Wirrsal der Längs- und Querfurchen scheint dem Lande jede natürliche Geschlossenheit zu versagen.

Aus alledem erwächst ein erster und für die ganze bündnerische Entwicklung entscheidender Widerspruch: auf einzigartige Weise vereinigt das Land Weiträumigkeit und engste Kammerung. An schweizerisch-kleinstaatlichen Verhältnissen gemessen, erscheint Bünden als ein riesiger Raum: es ist der weitaus grösste aller Kantone und schliesst ein volles Sechstel des gesamten eidgenössischen Territoriums in sich. Die Unzahl seiner Bäche und Flüsse verbindet es über vier grosse europäische Stromläufe (Rhein, Donau, Po und Etsch) mit drei Meeren: der Nordsee, dem Schwarzen Meer und der Adria; zusammen mit den zahlreichen Gebirgsübergängen von Nord nach Süd und von Ost nach West stellt dieses Gewässernetz Graubünden in eine Schlüsselposition hinein, die ihm in manchen Epochen seiner Geschichte eine zentrale Bedeutung im Verkehrsnetz Europas verliehen hat.

Wenn Graubünden auch ein Durchgangsland grossen Stils war, so konnte es nichtsdestoweniger ebensogut jahrhundertlang als Rückzugsgebiet dienen, als Réduit andernorts untergegangener oder überlagerter Völkertümer, Lebensformen und Kulturgestalten, um sich hinter seinen Bergen und in seinen Tal-Labyrinthen äusseren Bedrohungen zu entziehen und in dieser Isolierung die früher von aussen aufgenommenen Anstösse auf eigene und eigenwillige Weise weiterzubilden. Welt-Weite und Tal-Enge: zwischen diesen beiden Grundformen entfalten sich nicht nur die bündnerische Geographie, sondern auch die bündnerische Geschichte.

Durch die Jahrtausende lässt sich dieses Wechselspiel verfolgen, von den prähistorischen Zeiten, zu deren frühesten Zeugnissen etwa die dreitausendjährigen Brunnenfassungen der Mineralquelle von St. Moritz gehören und in deren spärlichen Relikten sich ligurische, etruskische, illyrische Einflüsse zu berühren scheinen, bis in die Gegenwart hinein. In die Weltgeschichte tritt das Land erstmals durch die Kämpfe der Römer gegen seine wilden Gebirgsvölker ein, in denen Graubünden schliesslich zum Herzstück der römischen Raetia Prima wurde. Und sogleich wird der eigentümliche Rhythmus seiner Geschichte fassbar: später als die übrige Schweiz und das österreichische Alpenland ins Weltreich der Antike eingegliedert, erst knapp vor dessen Untergang durchromanisiert, hat ausgerechnet diese Heimat eines besonders hartnäckigen Barbarentums in den «dunklen Jahrhunderten» zwischen dem Ende Westroms und der Karolingerzeit römische Sprache, römisches Recht und Elemente römischer Verwaltungsorganisation, ohne tiefgreifende Störung durch die

Kataklysmen der Völkerwanderung, Jahrhunderte länger als Teile Europas zu bewahren vermocht.

Zum erstenmal lässt sich hier erkennen, was der Rückzug auf sich selber bedeuten konnte: weder die Zugehörigkeit zum kurzlebigen ravnennatischen Ostgotenreich noch die formelle Unterordnung unter merowingische Frankenherrschaft berührten die innere Struktur Rätians. Die wirkliche Macht blieb bei den Kräften, die sich in spätrömischer Zeit herausgebildet hatten: die Kirche und der provinziellen Aristokratie. Das kräftig durchorganisierte Bistum Chur — das einzige der Schweiz, das nach anderthalb Jahrtausenden noch seinen ursprünglichen Diözesansitz innehat — war nicht nur «in einer Zeit der allgemeinen Verwilderung ein Hort des Christentums» und ein bedeutendes «geistiges Zentrum» (Pieth), sondern es bot auch der staatlichen Ordnung einen soliden Rahmen, zumal unter dem einheimischen Notabeln-Geschlecht der Viktoriden, das in seinen Händen das Bischofsamt wie die weltliche Gewalt des rätischen «Präses» vereinte. Ihm vor allem ist das Fortwirken antiker Ueberlieferung zu verdanken: dass Churrätien nach den Worten des Kunsthistorikers Erwin Poeschel «im Schirm der Berge und unter dem Schutze eines früh erstarkten Bistums die Kontinuität zwischen der Antike und dem Frühmittelalter ungebrochen bewahren konnte», macht den entscheidenden Unterschied seiner geschichtlichen und kulturellen Entwicklung gegenüber der gesamten übrigen Schweiz aus. Und nur in der Zurückgezogenheit des Viktoridenstaates konnten sich rätoromanische Sprache und Kultur so ausbilden und einwurzeln, dass sie später die germanisierenden Einflüsse des Hochmittelalters zu überstehen vermochten, bis ihnen die Reformation zu neuem Auftrieb verhalf. Dass das Rätoromanische noch eine Fülle von altem, anderswo verschwundenem oder überlagertem römischem Sprachgut bewahrt, bietet ein Musterbeispiel für jene «Grundhaltung des rätischen Volkes», die Poeschel dahin definiert, «dass einem nur langsamen Eingehen auf die fremde Anregung ein um so zäheres Festhalten des einmal Angenommenen nachfolgt».

Die Einheit des bündnerischen Staatswesens in seinem von unten nach oben vielfältig geschichteten Gefüge mag gewiss zunächst einmal als das notwendige Korrelat der Freiheit erscheinen, die es seinen zugehörigen Teilen einräumte: da jede Talschaft, ja jede kommunale Korporation innerhalb eines solchen Tales auf einem Höchstmass an realer Unabhängigkeit weit über blosser Selbstverwaltung hinaus bestand, die öffentliche Gewalt sich also in einer fast unvorstellbaren Weise in winzige territoriale Partikel zerfaserte, konnten die 49 Miniaturfreistaaten überhaupt nur dann mit einer Chance des Ueberlebens rechnen, wenn sie imstande waren, die Voraussetzungen gemeinsamen Handelns sicherzustellen. Gerade um den Gliedern des Bundes ein Höchstmass an Ungebundenheit zu erhalten, bedurfte es daher eines entschiedenen Ansatzes zu einer sie alle umgreifenden Ordnung. Durch das früh entwickelte Institut des Referendums aber wurde auch diese Ordnung wiederum ganz an den Mehrheitswillen der Gerichtsgemeinden gebunden, also auf ein demokratisches Fundament gestellt. Das heisst: die Demokratie, in Bündnen radikaler und konsequenter durchgeführt als jemals selbst in den soviel überschaubareren Landsgemeindekantonen, entstammt recht eigentlich dem Be-

dürfnis, die Eigenständigkeit der «souveränen» Gemeinden mit der unabwiesbaren Notwendigkeit einer übergreifenden, die partikularen Einzelbestrebungen kontrollierenden und koordinierenden staatlichen Organisation in Einklang zu bringen.

Das Referendum bot den Ausweg aus dieser Schwierigkeit: erstmals in der Geschichte wurde hier Volksherrschaft unter weiträumigen Bedingungen durchexperimentiert: Graubünden wurde zur ersten neuzeitlichen Demokratie auf überkommener und überalterschaftlicher Basis, und zwar ohne gefährlichen Eingriff in das Lebensrecht und die Eigenart der kleinen Gemeinschaften, ohne Zuflucht zur Apparatur des bürokratisch zentralisierten und fortwährend weiter zentralisierenden Einheitsstaates. Indem sie ein solches ganz neuartiges und wahrhaft revolutionäres Modell entwickelten, gelang den Bündnern eine schöpferische Synthese zwischen den widerstrebenden Kräften, die in der Natur ihres Landes beschlossen lagen.

Das war ein grossartiges Werk, aber freilich, wie die weitere Entwicklung erweisen sollte, auch ein durchaus problematisches. Und doch kann man es nicht einfach aufs Konto der Ilanzer Artikel schreiben, wenn die neugeschaffene bündnerische Demokratie, statt zum weiterhin ausstrahlenden Vorbild zu werden, sehr bald in Anarchie zu versinken drohte. Denn die Schwierigkeiten, denen das Land nun anheimfiel, ergaben sich weniger aus der Neuartigkeit der konstitutionellen Lösungen und der unbestreitbaren Schwerfälligkeit der neugeschaffenen staatlichen Strukturen, sondern daraus, dass just zu dem Zeitpunkt, da das bündnerische Staatsgefüge seine feste Organisation gewann, eine neue und gefährlichere Spaltung in dieses Gefüge hineingetragen wurde: die Reformation zerriss mit der kirchlichen und konfessionellen Solidarität auch die politische und unterwarf die Föderation einer ungleich schweren Probe als der gleichsam natürliche Partikularismus oder gar die ethnische Vielgestaltigkeit ihrer Glieder.

Zunächst sah es zwar so aus, als ob Rätien vielleicht besser als jeder andere zeitgenössische Staat darauf gerüstet sei, den konfessionellen Hader zu dämpfen: da die Gerichtsgemeinden ohnedies schon über eine unübersehbare Fülle an Rechten geboten, lag es nahe, ihnen auch die Entscheidung über das religiöse Bekenntnis zu überlassen. Das ganze 16. Jahrhundert hindurch gelang es deshalb der alten und der neuen Lehre, verhältnismässig friedlich miteinander zu koexistieren. Nur der Zehngerichtenbund wandte sich so gut wie ganz der Reformation zu, obwohl auch hier einzelne katholische Inseln bestehen blieben; in den beiden andern Bünden standen alt- und neugläubige sowie ein paar paritätische Gemeinden nebeneinander,



Alter Stich von Chur, zur Verfügung gestellt vom Verkehrsverein Chur

mit einem deutlichen Übergewicht der Reformierten im Gotteshausbund, einer Mehrheit katholischer Kommunen im Grauen Bund. Aber die Gegenreformation trieb, vom Ende des 16. Jahrhunderts an, die «ideologischen» Gegensätze so in die Höhe, dass das Land immer wieder an den Rand des Bürgerkrieges geriet, seine aussenpolitische Handlungsfähigkeit so gut wie völlig einbüsste und zunehmend durch ein wüstes Parteien- und Fraktionswesen zerrissen wurde. Und nun erst versacktem seine integrierenden Kräfte so gut wie völlig.

Der Tiefpunkt wurde zur Zeit des Dreissigjährigen Krieges erreicht: damals tobten sich die Gegensätze zwischen spanisch-österreichischer und französischer Partei — wenigstens im Ursprung zunächst aussenpolitische Verkleidungen weltanschaulicher Fronten — ungehemmter als je zuvor aus, und inmitten einer europäischen Konflagration wurde das Land unter solchen Umständen fast unvermeidlich zum Kriegsschauplatz. Diese «Bündner Wirren», deren Andenken noch unvergessen ist (und aus denen vor allem die umstrittene, rätselhaft schillernde Gestalt des Prädikanten, Patrioten und späteren Konvertiten Jürg Jenatsch im Bewusstsein der Nachwelt fortlebt), hingen zweifellos zu einem guten Teil mit der geopolitischen Situation Graubündens zusammen: es war für Spanien und Oesterreich in der Tat fast eine Lebensfrage, die beiden grossen Durchgangskorridore des Engadins und des Veltlins in die Hand zu bekommen. Aber verhängnisvoll, ja um ein Haar für die Freiheit Bündens tödlich wurden diese Bestrebungen doch nur deshalb, weil innere Parteilungen ihnen Vorschub leisteten. Und die einzelnen Parteien wiederum konnten sich ja nur darum so bedingungslos in den Dienst fremder Mächte stellen, weil der konfessionelle Antagonismus das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit im Laufe von hundert Jahren erst langsam und unmerklich aufge-

(Fortsetzung auf Seite 158)

weicht und dann immer rapider und zerstörerischer zer-
setzt hatte.

Der schlechte Ruf war nicht unverdient. Aber wir soll-
ten eines nicht vergessen: ein straffer organisiertes,
fester verklammertes Staatsgebilde wäre wohl in den
konfessionellen Auseinandersetzungen entweder ein für
allemal zersplissen, oder es hatte bestenfalls durch
die radikale Vergewaltigung des einen oder anderen
Volksteils eine künstliche, mit der innersten Natur des
Landes in gefährlichem Widerspruch stehende Einheit
erzwungen — und dann hätte die grössere Kohäsion,
die solidere «Ordnung» mit einer desto bittereren Ver-
armung bezahlt werden müssen. Denn die Vielfältig-
keit und Widersprüchlichkeit Graubündens hat ja die
Entwicklung nicht nur hintangehalten und verzögert.
Sie wirkte zugleich als Stimulans. Die eminente kul-
turelle Fruchtbarkeit des Landes hat einen entschei-
denden Impuls von der Vielzahl der inneren Gegensätz-
lichkeiten erhalten. Auch für die «Schweiz in der
Schweiz», wie Wilhelm Hamm Graubünden nennt, gilt
die Erkenntnis, die dem Betrachter schweizerischer Gei-
stesgeschichte bewusst ist: dass zu gewissen Zeiten die
Schwäche des Ganzen eine Bedingung für die freie
Entfaltung seiner Teile sein kann. Und wenn die inner-
lich so zerrissene Föderation «ihre Zeit der Wirren»
letztlich überstanden hat, über alle «Konfusion» hinweg,
die einen Padavino mit gutem Grund entsetzte, ja wenn
sie an den Grundlinien ihrer Verfassung mit ungeheurer
Zähigkeit bis in die Anfangsjahre des schweizerischen
Bundesstaates hinein festhielt, dann spricht das für
die Lebenskraft und Elastizität, die ihrem Gefüge doch
innewohnte. Gerade das deutet darauf hin, dass der
erste Versuch einer grossräumigen «bündischen Demo-
kratie» tiefer in den Verhältnissen des Raumes und des
Volkes verwurzelt war und eben deshalb eine ungleich
grössere Widerstandsfähigkeit besass, als seine frühen
Kritiker ihm zuzubilligen geneigt sind.

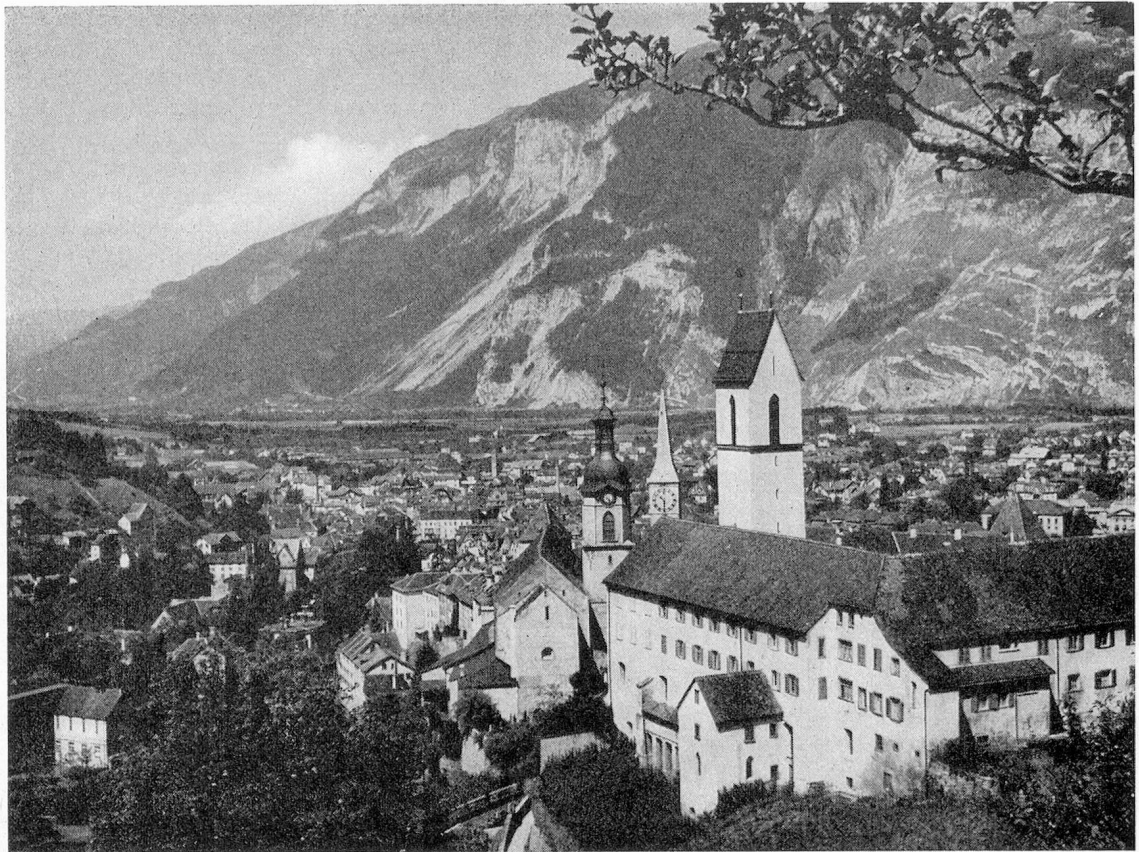
Und noch ein weiterer Gesichtspunkt verdient bedacht
zu werden. Ungeachtet der revolutionären Blasen, die
immer wieder hochstiegen, hat Graubünden eine aus-
serordentliche Fähigkeit bewiesen, den gewaltsamen
Bruch mit älteren Traditionen nach Möglichkeit zu ver-
meiden. Nur ausnahmsweise geschah die Ablösung der
Feudalherrschaft durch unregelmässige Aufstände; der
normale Gang war viel eher, dass sich die Gemeinden
unter schweren Opfern von ihren Herren freikaufen:
erworbene Rechte wurden abgelöst, aber nicht zerris-
sen. Das trägt dazu bei, dass die bündnerische Aristokratie — etwa mit den Sippen der Planta, der Salis,
der Sprecher — ungeachtet des radikal demokrati-
schen, ja, libertären Zuges, der durch die ganze Ge-
schichte des Landes seit der Begründung der ersten
Bünde geht, im Leben des Kantons noch heute eine viel
aktivere und angesehene Rolle spielt als manche ehe-
malige Oberschicht in früher rein aristokratisch orga-
nisierten Ständen: sie hat sich seit vierhundert Jahren
mit Biegsamkeit und Geschick in die veränderten Ver-
hältnisse zu schicken gelernt.

Keiner der Bündner Landesteile bietet wohl einen
glanzvolleren Anblick dar als das Engadin — nicht
das kosmopolitische der Touristen um St. Moritz und
Pontresina, sondern das ungleich eigenständigere des
unteren Innerts. Geht man durch Dörfer, wie Zuoz,
Guarda, Ftan, so steht man berückt und fast betrof-

fen vor der Kraft und der Eleganz des breit gelager-
ten, oft geradezu prunkvollen, sgraffiti-geschmückten
Engadiner Hauses mit seinen dicken Mauern, aus de-
ren tiefliegenden, unsymmetrisch angeordneten Fen-
stern durch schmiedeiserne Gitter die roten Geranien
und vor allem die herrlichen Steinnelken schimmern:
nirgends ist wohl das Bäuerliche eine glücklichere Syn-
these mit dem Urbanen eingegangen wie im Engadiner
Bauernhaus, das Wohngebäude und Wirtschaftsgebäude,
Scheune und Stall in sich vereinigt und doch ganz und
gar wie ein Palazzo wirkt. In keinem Land, schreibt
Sererhard mit überquellendem Stolz vom Engadin,
könne man «schönere, grössere und ansehnlichere Dör-
fer finden», von denen manches «eine Parade macht,
wie eine ziemlich schöne Stadt». Aber nicht nur in
seiner Baukunst verrät das Engadin eine altgewachsene
und ins Subtile verfeinerte Kultur. Sererhard weiss
auch (1742!) zu berichten, «dass in keinen rhätischen
Orten Mehrere ihre Kinder studieren lassen, als die
Engadiner», mit dem Effekt, «dass diese bald allen eccle-
siis reformatis patriae ihre Prädicanten gelehnt haben,
massen bald alle Prediger unsers Lands von Zeit zu
Zeit origine Engadiner gewesen»: der theologische
Eifer entsprang offenbar nicht nur religiöser, sondern
mindestens ebensosehr intellektueller Leidenschaft.

Mehr noch als anderswo vereinen sich im Engadin
Abgeschlossenheit und Weltoffenheit: die Auswande-
rer, die als Zucker- oder als Pastetenbäcker, Likörfabri-
kanten und Kaffeehausbesitzer in ganz Europa und
vor allem in Italien tätig waren und sich dann mit dem
Ersparnen ins heimatliche Dorf zurückzogen, steckten
nicht nur ihr Geld in die prächtigen Häuser, sondern
brachten auch Weltkenntnis, Gewandtheit und «Poli-
tesse» mit sich zurück (die dann von der Mitte des
19. Jahrhunderts an dem wachsenden Fremdenverkehr
zugute kam). Und selbst der calvinistische Protestantis-
mus, dem sich das ganze Tal mit Leidenschaft ergab,
scheint hier einen minder puritanischen Charakter und
eine zarte mediterrane Lasur angenommen zu haben,
die (bei aller Kargheit) bis in den reformierten Kirchen-
bau hinein fühlbar wird.

Oder man vertiefe sich in die abgelegene Sonderwelt
des Münstertals, dessen Einwohner zusammen mit den
Puschlavern die einzigen Schweizer sind, die zwei oder
drei Pässe überschreiten müssen, um in ihre Kantons-
hauptstadt zu gelangen: wer es sich nicht verdrissen
lässt, vom engadinischen Zernez aus noch eine Alpen-
schwelle ostwärts hinter sich zu bringen und über den
Ofenpass — mitten durch das sorgsam in seinem ur-
sprünglichen Zustand erhaltene Wildgelände des
Schweizerischen Nationalparks — ins Val Müstair wei-
terzufahren, den belohnt in diesem östlichen Zipfel der
Schweiz nicht nur der gewaltigste aller karolingischen
Freskenzyklen, der im Frauenkloster zu Müstair von
einer ebenso frühen wie erstaunlichen künstlerischen
Blüte spricht, sondern auch die Bekanntschaft mit
einem faszinierenden Stück altromanischen und da-
bei kernschweizerisch gewordenen Südtirols: man spürt,
dass man hier, im Stromgebiet der Etsch, der adria-
tischen Kulturwelt noch um einiges näher ist als selbst
im Engadin. Und nichts beleuchtet klarer die Bedeutung
der bündnerischen Freiheit als der Vergleich des Mün-
stertals mit seinen 1618 von ihm «abgeschränkten»
vintschgauischen Vorlanden: während diese völlig ver-
deutsch geworden sind, ist die deutsche Sprache im



Chur im Frühling

Aufnahme: Verkehrsverein Chur

Münstertal nicht über den Grenzflecken Müstair hinaus vorgedrungen (der sich auch der sonst siegreichen Reformation beharrlich verweigert hat), und das schweizerisch gebliebene Gebiet hat seine ladinische Sprache steif und fest zu bewahren vermocht, zusammen mit viel altem Brauchtum, das selbst im Engadin schon abgetragen und weggeschliffen worden ist.

Noch an einer anderen Stelle hat das Tirol gleichsam in die Schweiz hinübergegriffen, das nördliche diesmal: in Samnaun. Dort, auf den Oberstufen des letzten Engadiner Seitentals, schlagen auf einmal nicht mehr ladinische Laute ans Ohr, aber auch nicht die vertrauten alemannischen, die uns in so vielen Variationen durch die ganze deutsche Schweiz begleitet haben; an ihrer Stelle vernimmt man unverkennbar bajuwarisch-tirolerischen Tonfall. Denn dieses abgeschiedene Seitental hat noch bis zum Beginn dieses Jahrhunderts überhaupt keine gangbare Verbindung mit seinen Engadiner Stammesverwandten besessen (selbst die Soldaten mussten mit Uniform und Flinte — was ihnen ein Staatsvertrag eigens ermöglichte — über österreichisches Gebiet zu ihren Einheiten einrücken!) und war so ganz dem Einfluss des Nachbarlandes preisgegeben.

Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde mit Bundeshilfe — und einem Kostenaufwand, der auf jeden Samnauner mehrere Tausend Schweizer Franken ausmachte — eine schmale Strasse vom letzten Engadiner Dorf Martinsbruck in das «verlorene Tal» hinaufgelegt. Dank ihrer und der Tatsache, dass das Tal wegen seiner früheren Unzugänglichkeit ausserdem zum Zollausschlussgebiet erklärt wurde, hat es in den letzten Jahrzehnten einen jähen und unerwarteten Aufschwung

genommen: durch die engen Galerien und Felsentunnels windet sich nun ein unaufhörlicher Strom von Autos bergan, seit es sich herumgesprochen hat, dass man in Samnaun zollfreies Benzin tanken, zollfreien Schnaps erstehen und vielleicht gar ein zollfreies Radio in seinen Wagen montieren lassen kann. So ist aus dem «armen, abgelegenen Oertlin» Sererhards neben dem Kurort Schuls-Tarasp die einzige Gemeinde des Unterengadins geworden, die dem Sog der Entvölkerung widerstehen, ja sogar ihre Einwohnerzahl kräftig vermehren konnte.

So könnten wir weitergehen, Tal für Tal durchstreifen und immer neue Gesichter entdecken. Wie eigentümlich hebt sich in den Südtälern der Bergeller mit seiner so ganz «unitalienisch» anmutenden puritanischen Nüchternheit, den man geradezu als einen «italienischen Alemannen» ansehen könnte, von dem künstlerischen Schwung, der Lebensfreude und dem Temperament des Misoxers ab! Wieviel geschliffener wirkt der «Herrschaftler» neben seinem urchigen Prättigauer Nachbarn! Dass aber selbst eine einzelne kleine Gemeinde eine fast unübersehbare Fülle der Gegensätze in sich schliessen kann, mag uns in Bivio gegenwärtig werden, im obersten Dorf des Oberhalbsteins, wo einst die «zwei Wege» (der früher so bedeutende, heute verlassene Septimer ins Bergell und der nun modern ausgebauten Julier ins Engadin) sich trennten. Die Volkszählung von 1960 verzeichnet für Bivio ganze 188 Einwohner. Und doch stellt es für sich eine richtiggehende Musterkarte bündnerischer Mannigfaltigkeit dar, mit einer italienischen Mehrheit (es ist die einzige Kommune nördlich der alpinen Hauptkette, die dem italienischen Sprachgebiet zugehört), einer alteingesessenen

rätoromanischen Minderheit und deutschen Einschüben, und dazu noch mit einer katholischen und einer reformierten Kirchgemeinde, die beide seit Jahrhunderten «paritätisch» nebeneinander leben. (Beide Pfarrer vermögen oft erst beim Blick auf ihre Kongregation zu entscheiden, ob sie nun deutsch oder italienisch predigen sollen!) Und damit hat es noch nicht einmal sein Bewenden: hört man näher hin, so kann man gleich dreierlei Italienisch in Bivio vernehmen: den einheimischen, dem Bergellischen verwandten «rätolombardischen» Dialekt, das Bergamaskische später hinzugekommener norditalienischer Hirtenfamilien und die Schriftsprache, die die Brücke zwischen den beiden nach Generationen noch spürbar voneinander isolierten Gruppen schlägt...

Die paar Beispiele mögen genügen, um zum mindesten eine Ahnung davon zu vermitteln, was bündnerische Vielgestaltigkeit bedeutet. Was in der Schweiz im Grossen geschehen ist, hat sich hier im Kleineren reproduziert: dass die Einheit sich nicht trotz der Vielfalt, sondern in der Vielfalt verwirklicht. Eben deshalb hat sich der Kanton auch so lebhaft gegen die «moderne» Vereinheitlichung gestraubt; widerwillig nur und murrend fand er sich in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts zur Anpassung an den Zeitgeist bereit, und selbst dies erst, nachdem die eidgenössischen Räte einem neuen, von Graubünden bereits angenommenen Verfassungsentwurf die rechtlich im Bundesstaat notwendige «Gewährleistung» versagt hatten, weil er nicht nach neudemokratisch-repräsentativem Muster auf die Souveränität des Gesamtvolks abgestellt war, sondern für alle Entscheidungen die «Mehrheit der Kreismehren» verlangte (die Kreise sind nichts anderes als die einstigen Gerichtsgemeinden; aus ihren Untergliederungen aber — den ehemaligen «Nachbarschaften» — sind die 221 gegenwärtigen bündnerischen Kommunen herausgewachsen). Und wie schwer es die eigensinnigen Bündner ankommen musste, sich in die unvermeidlich gewordene Beschränkung ihrer alten Selbstherrlichkeit hineinzufinden, das geht aus einer Anekdote hervor, die der bedeutende Staatsrechtler Carl Hilty aus der Zeit seiner Churer Advokaturpraxis zu berichten liebte: als Hilty einmal in einem Rechtsverfahren Einspruch gegen bestimmte Massnahmen einer bündnerischen Gemeinde erhob, da diese im Widerspruch zur Bundesverfassung stünden, erhielt er die stolze Antwort, «der Herr Doktor scheine gar nicht zu wissen, dass ihre Gemeinde diese Bundesverfassung verworfen habe...»

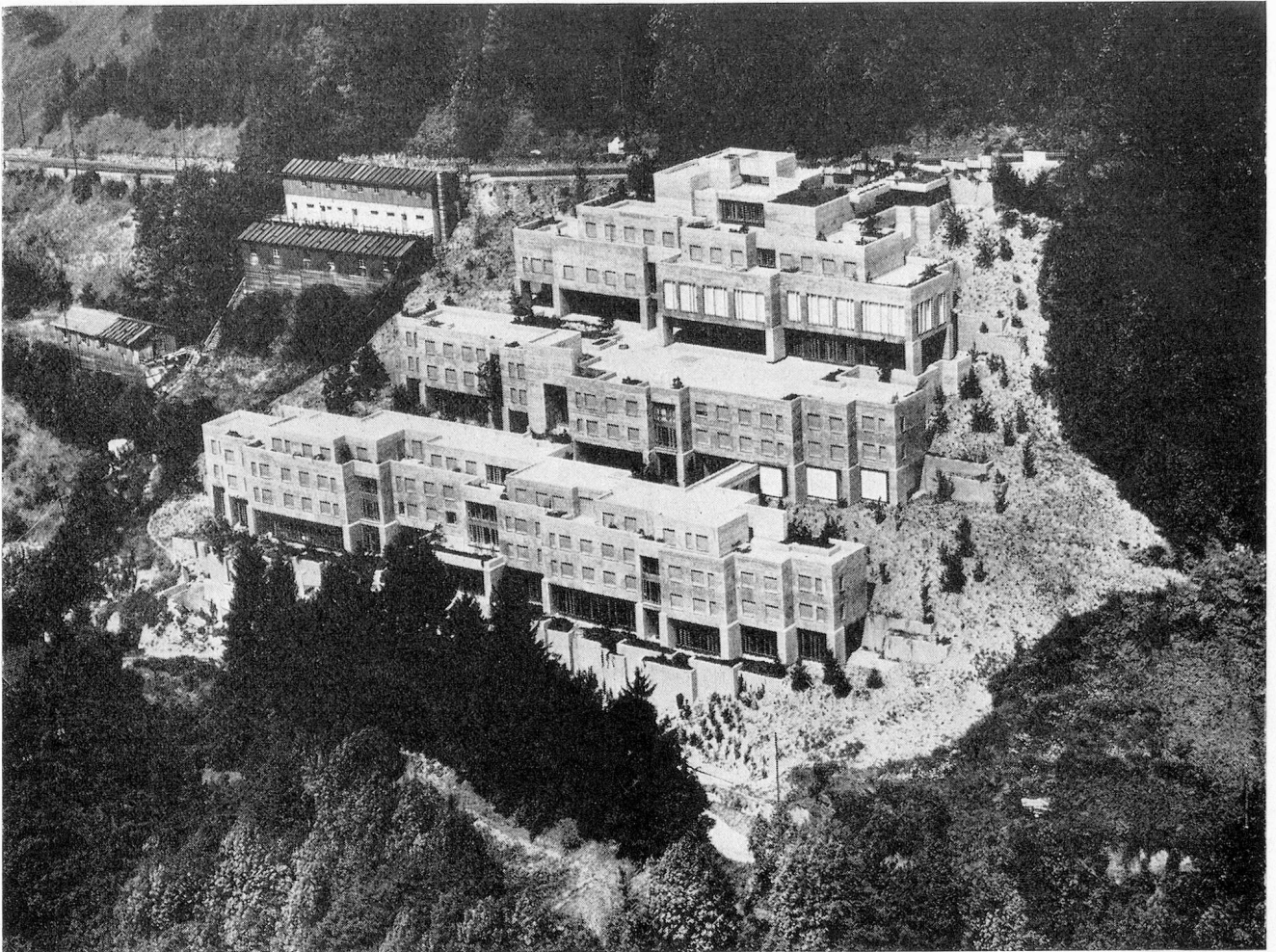
Noch heute spielen Kreis und Gemeinde im bündnerischen Leben eine unvergleichlich grössere Rolle als in dem jedes anderen Kantons. Die Kreise sind es, die den Kantonsrat — das kantonale Parlament — wählen, und manche tun das noch immer nach herkömmlicher Art im Ring der stimmberechtigten Bürger, in der Kreis-Landsgemeinde also. Vor allem aber geniessen selbst in dem nun einheitlicher durchgeformten Kanton Kreise wie Gemeinden eine Selbständigkeit und eine Fülle der Kompetenzen, die kaum ihresgleichen findet. So bleibt es etwa ganz den Kommunen überlassen, in welcher Sprache der Unterricht an ihre Volksschule erteilt werden soll: wenn eine beschliesst, von der einen Schulsprache zur andern überzugehen, dann hat die Regierung keinerlei Handhabe, ihr dreinzureden. Infolgedessen haben vor allem in Mittelbün-

den zahlreiche romanische Gemeinden aus praktischen Gründen auf einen rein deutschen Unterricht umgestellt; umgekehrt aber konnte das engadinische Celerina neuerdings genauso unbehindert vom Deutschen zum Ladinischen zurückkehren, wie Marmorera im Oberhalbstein den Sprung vom Italienischen zum Rätoromanischen wagte. In Bünden hat sich daher das «Territorialprinzip», das die Unverrückbarkeit der Sprachgebiete in allen anderen Teilen der Schweiz garantiert, niemals durchsetzen können; selbst in der Eidgenossenschaft, die doch in der Gemeindefreiheit so gerne die solide Basis ihres föderalistischen Aufbaus sieht, ist ein solches Mass kommunaler Selbständigkeit durchaus exzeptionell.

Die Folgen werden etwa im Schulsystem greifbar: noch immer herrscht weithin auf dem Lande das System der Halbjahresschule, das den ganzen Unterricht auf die Wintermonate zusammendrängt, und der Einklassenschule, in der ein einziger Lehrer alle Kinder einer Gemeinde in einem einzigen Raum gleichzeitig unterrichten muss; während das vor kurzem noch viel rückständigere Wallis diesen Uebelständen aber seit einigen Jahren mit viel Energie zu Leibe rückt, haben es die Bündner Behörden viel schwerer, ihre eigenwilligen Kommunen von der Unhaltbarkeit solcher Zustände zu überzeugen. Und selbst der freiwillige Zusammenschluss von Nachbardörfern zum Unterhalt einer leistungsfähigeren «Zentralschule» kommt selten zustande, weil die Bürger auch darin allzu leicht einen Verlust an kommunaler Selbständigkeit sehen, gegen den sie sich mit Händen und Füssen wehren.

Man merkt an einem solchen Exempel, wie nahe Grösse und Schwäche Graubündens beieinander wohnen. Die «Demokratie der kleinen Gruppen» ist hier eben nicht ideologisches Konzept, sondern Realität — manchmal auch unangenehme, störende Realität: Vielfalt und Freiheit nehmen sich in der Praxis beileibe nicht immer so ideal aus wie auf dem Reissbrett des Theoretikers. Das heisst noch lange nicht, dass Bünden auf dem Holzwege ist, wenn es diese Vorstellungen zu Leitmotiven erkürt; es besagt nur, dass hienieden für jeden Wert ein Preis bezahlt werden muss und dass der Reichtum und die Armut des Landes, das diese Grundgedanken fast bis zum Aeussersten gespannt hat, enger ineinander verwoben sind, als man es manchmal gerne wahrhaben möchte: das Maximum an Selbstbestimmung, das Bünden seinen konstituierenden Teilen eingeräumt hat, verbürgt nicht automatisch zugleich das Maximum an «efficiency».

Verweilen wir ruhig noch einen Augenblick bei den bündnerischen Schulen: gerade auf diesem Feld hat Graubünden, da es der Gleichmacherei und der bloss administrativen Lösung komplizierter Probleme zutiefst widerstrebt, mit Schwierigkeiten zu ringen, denen kaum ein anderer Staat der Welt begegnet, und ganz bestimmt keiner mit knapp 150 000 Einwohnern. Das bündnerische Sprachenproblem vor allem macht ihm schwer zu schaffen — nicht weil es sich nach der Weise grösserer Gemeinwesen mit ethnischen Konflikten herumzuschlagen hätte oder seine Minderheiten zu vergewaltigen suchte, sondern gerade umgekehrt: weil es seine Existenz auf das Lebensrecht dieser Minderheiten gründet. Graubünden ist, oberflächlich gesehen, der einzige dreisprachige Kanton der Schweiz: von den vier schweizerischen «Landessprachen» ist einzig das Französische hier



Das Churer Konvikt

Aufnahme Comet

nicht vertreten. Knappe zwei Drittel seiner Bevölkerung sprechen Deutsch, mehr als ein Viertel Rätoromanisch, annähernd ein Zehntel Italienisch. Aber diese Dreisprachigkeit, die ja schon allerhand Komplikationen mit sich bringen könnte, ist in Wahrheit eine blosser Fiktion. In Wirklichkeit muss der Kanton seinen Schülern Unterrichtsmaterial in nicht weniger als sieben Sprachen zur Verfügung stellen: deutsches, italienisches, und solches in gleich fünf rätoromanischen Idiomen: Oberengadinisch, Unterengadinisch, Surmeirisch, Surselvisch und Sutselvisch.

Hier stossen wir auf eines der Grundprobleme Graubündens, das zugleich ein Lebensproblem seiner rätoromanischen Minorität und eine besonders krasse Widerspiegelung des bündnerischen Partikularismus darstellt: dass die kleinste und schon deshalb bedrohteste aller schweizerischen Sprachgruppen, die hier und nur hier beheimatet ist, auch noch in eine Vielzahl nicht allein gesprochener, sondern geschriebener und in der Schule gelehrter Idiome zerfällt. Es gibt in Graubünden selber — von den 10 000 Rätoromanen in der helvetischen «Diaspora» zu schweigen — nicht ganz 40 000 Menschen, die sich laut Statistik zur rätoromanischen Muttersprache bekennen. Aber das ist keine Sprache, sondern eine Abstraktion. Was geschrieben und gedruckt wird, das sind die einzelnen Dialekte. Einige davon, die beiden ladinischen Mundarten des Engadins (und des Münsterstals) und das Surselvische des Vorderrheintals, haben

eine grosse literarische Vergangenheit. Das Surmeirische, im Oberhalbstein und in einem Teil des Albulagebietes beheimatet, weist demgegenüber nur ein sehr bescheidenes eigenes Schrifttum auf, und das Sutselvische gar ist erst 1943 zur Würde einer Schriftsprache aufgestiegen. Nur um die 3500 Menschen, die es im Domleschg, am Heinzenberg und im Schams sprechen, vor der sonst unvermeidlichen Germanisierung zu schützen, hat man sich dazu bequemt, es an Stelle der bis dahin in den Schulen unterrichteten surselvischen «Hochsprache», aus der sich die Bevölkerung in das bequemere und «nützlichere» Deutsche flüchtete, zum Schulfach zu machen (alle anderen Gegenstände werden sowieso auf deutsch unterrichtet). Und noch heute ist es nicht der Kanton selber, der die sutselvischen Fibeln herausgibt (obwohl er Zuschüsse zu ihren Druckkosten leistet), sondern die «Lia Rumantscha», die Dachorganisation aller rätoromanischen Verbände, von der man mit Recht gesagt hat, sie spiele die Rolle eines inoffiziellen Kulturministeriums für die kleine Volksgruppe, die sie vertritt, und für ihre fünf Sprachgebiete. Aber selbst wenn man dem Rechnung trägt und für die Zahl der «offiziellen» bündnerischen Sprachen auf sechs reduziert, ist das in einem Bereich, der nicht mehr Menschen fasst als eine kleine Großstadt, noch immer ein Unikum. Ein kostspieliges Unikum dazu, zumal für einen Staat, dem die Verbindung räumlicher Weite, ungewöhnlich niedriger Bevölkerungsdichte und herkömmlicher

ökonomischer Unterentwicklung schon genug Nüsse zu knacken gibt und mehr als genug finanzielle Lasten aufbürdet.

Allerdings hat sich auch der Bund helfend eingeschaltet: seit der Verfassungsrevision von 1938 ist das Rätoromanische ausdrücklich als vierte Landessprache anerkannt, und die Eidgenossenschaft leistet ständig höhere Beiträge an die Verteidigung seines sprachlichen Patrimoniums. Und doch steckt es trotz solcher konstitutionellen Gewährleistung heute in einer tieferen Krise als je zuvor. Die Bücher, die die Lia herausgibt, die Preise der Schweizerischen Schillerstiftung für romanische Schriftsteller, selbst das imponierende Netz von Kleinkinderschulen, die das heimische Idiom in den sprachlich gefährdeten Gebieten festigen sollen — das alles kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kleinste aller schweizerischen Minderheiten einen fast aussichtslosen Kampf durchzufechten hat — nicht gegen Bedrückung oder auch nur Verständnislosigkeit, sondern einfach gegen die spontanen Auflösungs- und Assimilationstendenzen der Zeit.

Dabei leidet das Rätoromanische vor allem unter der eigenen Zersplitterung. Seine verschiedenen Dialekte liegen sprachlich so weit auseinander (selbst zwischen dem Ober- und Unterengadinischen glaubte Sererhard — gelinde übertreibend — einen Unterschied «wie zwischen dem Hochdeutsch und Schweizerteutsch» konstatieren zu können), dass etwa Ladinier und Surselver die Schwierigkeit der Verständigung nur allzugern durch Zuflucht zum beiden geläufigen Deutschen umgehen. Dazu kommt die eigentümliche Verquickung ethnischer und konfessioneller Verschiedenheiten: es brauchte viel Mühe, auch nur um die zwei herkömmlichen surselvischen Orthographien (die «katholische» und die «reformierte») zu vereinheitlichen, und da im Oberland die Reformierten die weitaus kleinere Gruppe darstellen, findet die konfessionell-katholisch geprägte surselvische Presse bei ihnen so wenig Anklang, dass sie sich um so enger an die deutschsprachigen Protestanten anlehnen. Das reformierte Ilanz, als «erste Stadt am Rhein» eigentlich zum kulturellen Mittelpunkt des Vorderrheintals prädestiniert, ist so beinahe schon zu einer deutschen Sprachinsel inmitten der rätomanischen Umwelt geworden.

Dazu kommt noch die unglückliche geographische Gestalt des rätomanischen Sprachraums: seine intaktesten Regionen, das surselvische Vorderrheintal und das ladinische Unterengadin, liegen an der Peripherie des Kantons und werden nur durch ein schmales Band sprachlicher Mischgebiete vom Domleschg bis ins Oberengadin miteinander verbunden. Der Aufbau einer rätomanischen «Hochsprache» erweist sich heute schon deshalb als fast unmöglich, weil die mittelbündnerischen Dialekte (Sutselvisch und Surmeirisch), auf denen wegen ihrer Mittelstellung zwischen dem Surselvischen und dem Ladinischen eine solche gemeinsame Schriftsprache in erster Linie beruhen müsste, zugleich die literarisch unergiebigsten und die am meisten von der Germanisierung bedrohten sind. Ein Einsturz der mittelbündnerischen Sprachbrücke aber würde die beiden «gesunden» Kerngebiete im äussersten Westen und Nordosten des Landes endgültig voneinander isolieren und sie damit in ihrer Vereinzelung dem Untergang preisgeben.

Unter diesen Umständen scheint es begreiflich, wenn die Rätoromanen immer mehr in die deutsche Sprache hineinwachsen. Die Anfangsklassen der Volksschule werden zwar in den meisten (keineswegs allen) rätoromanischen Gemeinden in dem heimischen «Schrift-dialekt» erteilt; je weiter die Schüler aber fortschreiten, desto mehr wird das Deutsche nicht nur — selbstverständlich — als Fremdsprache gelehrt, sondern als Unterrichtssprache für die meisten Fächer auch in den rein romanischen Gebieten benützt, und die Muttersprache tritt in die Rolle eines Einzelfachs unter anderen Fächern zurück. In der Churer Kantonsschule zumal nehmen alle romanischen Zöglinge am Unterricht in der deutschen Abteilung teil, während es für die Schüler aus der fast dreimal kleineren italienischen Volksgruppe eine eigene, ganz in ihrer Muttersprache geführte Abteilung gibt; das ist nicht eine den Romanen von aussen aufgezwungene Lösung, sondern eine, die sich zwangsläufig daraus ergibt (und von den Betroffenen auch ausdrücklich gewünscht wird), dass die Romanen einfach darauf angewiesen sind, im Umgang mit den übrigen Schweizern eine der anderen Landessprachen perfekt zu beherrschen.

Andererseits haben die Rätoromanen immer den Verlockungen von südlich der Alpen widerstanden, sich im Zeichen der Abwehr gegen die Germanisierung der «grösseren Kultureinheit» des Italienischen anzuschliessen: es war bezeichnenderweise gerade ein in Italien aufgewachsener bedeutender ladinischer Schriftsteller, Peider Lansel, der in dieser Auseinandersetzung das berühmte Wort prägte, man wolle weder italienisch noch deutsch sein, sondern romanisch: «Ni Talians, ni Tudaich-s, Rumantsch vulains estar». Und doch lässt es sich nicht leugnen, dass das Deutsche sich mehr und mehr aus einer allgemein verständlichen Zweitsprache zur Hauptsprache fortentwickelt und das Romanische nach und nach wieder in den Rang eines «Bauerndialektes» zurückstösst. Anders als im vorigen Jahrhundert, als das Volk unverrückt an seiner Sprache festhielt, während die Eliten Deutsch sprachen und schrieben, sind es heute gerade die Unterschichten, die der Attraktion des Deutschen am vorbehaltlosesten erliegen, während die Intellektuellen gegenwärtig am leidenschaftlichsten für die Erhaltung des Rumantsch eintreten.

Das hängt vor allem mit der Wirkung der modernen Massenmedien zusammen. Da es keine romanische Tageszeitung gibt (die «Gasetta Romontscha» in Disentis und das «Fögl Ladin» in Samedan erscheinen nur zweimal wöchentlich), geniesst die deutsche Presse praktisch ein Monopol. Noch stärker macht sich der Einfluss des Rundfunks und Fernsehens geltend: die wenigen rätoromanischen Sendungen von Radio Zürich fallen neben der ständigen Verbreitung der deutschen Programme kaum ins Gewicht. Dazu kommt noch die fortschreitende Vermischung der Bevölkerung: schon lebt ein gutes Viertel der Romanen in Graubünden in Gemeinden mit anderssprachiger Mehrheit, und da sich die Zuzügler aus anderen Kantonen jederzeit auf Deutsch verständigen können, lernen sie die Sprache ihrer neuen Umwelt kaum.

Diese Feststellung macht ein tragisches Dilemma sichtbar. Auf der einen Seite bedarf Graubünden vielleicht mehr als jeder andere Kanton der kräftigen wirtschaftlichen Anstösse: es ist allzulange ein Stiefkind der industriellen Ära geblieben. Auf der anderen Seite droht



Das Obertor

Aufnahme: V. Hablützel

die dringend nötige materielle Entwicklung die ethnischen und kulturellen Grundlagen heimischer Eigenart noch gefährlicher zu zersetzen, als das im vielfach ähnlich gelagerten Fall des Wallis zu konstatieren ist. Dabei bedarf Graubünden nach der schweren Krise des 19. und frühen 20. Jahrhunderts dringend der ökonomischen Erschliessung. Denn der fast tausendjährige Menschen- und Güterstrom über seine Alpenpässe ist seit dem Bau der Brenner- und Gotthardbahn zeitweise fast zum Erliegen gekommen: die Gebirgsübergänge, eben erst zwischen 1820 und 1860 unter schweren Opfern aus Saumpfad in Fahrstrassen umgebaut, verödeten gleichsam mit einem Schlage, seit es direkte und ungleich bequemere Verbindungen zwischen Nord- und Südeuropa gab. Seit der Kanton damit seine herkömmliche ökonomische Funktion als klassisches Durchgangsland verloren hatte, war er auf weite Strecken zum ausgesprochenen Notstandsgebiet geworden.

Eine Zeitlang sah es zwar so aus, als ob das Land für die entgangenen Chancen einen ausgiebigen Ersatz im Fremdenverkehr finden könnte, der das Oberengadin und Davos — die rasch aufblühende «Stadt im Hochgebirge» mit ihren zeitweise über 10 000 Einwohnern — just um die Zeit im grossen Stil entdeckte, da die Erwerbsmöglichkeiten aus dem Passverkehr zu versiegen begannen. Aber auch der grossartige Aufschwung des Tourismus konnte die Verluste, die andere, von den Fremden weniger besuchte Gegenden erlitten, nur teilweise kompensieren. Mehr als das: er warf sogar neue Probleme auf, die allerdings erst nach dem Ersten Weltkrieg in ihrer ganzen Schwere sichtbar wurden. Denn eine Prosperität, die sich allein auf die Lebensgewohnheiten einer reichen kosmopolitischen Oberschicht stützte, musste zusammenbrechen und sich in bittere Not verwandeln, sobald Krieg und Krise den Strom der Feriengäste drosselten. Lange hatten die Bündner ge-



Churs Kathedrale

Aufnahme: V. Hablützel

hofft, durch eine «Ostalpenbahn», die den Lukmanier, den San Bernardino oder den Splügen durchstossen sollte, wieder an den internationalen Wirtschaftskreislauf angeschlossen zu werden. Aber obwohl ihnen der Bau einer solchen Linie mit Bundeshilfe immer wieder versprochen worden war, blieben alle Anläufe im Stadium der vielversprechenden Projekte stecken, und das Normalspurnetz der Schweizerischen Bundesbahnen kam nie über Chur hinaus. Um die verwöhnten Fremden nicht auf Landstrassen und Postkutschen verweisen zu müssen, baute der Kanton daher vor dem Ersten Weltkrieg aus eigener Kraft die Rätische Bahn aus: das längste und kostspieligste Schmalspurnetz der Welt, das durch den Tunnel unter dem Albula-Pass mit dem Engadin, ja, über den Bernina-Pass hinüber selbst mit dem fernen Puschlav verbunden wurde. Aber dieses ganz und gar auf den Luxustourismus zugeschnittene Bahnsystem mit seinen Fahrpreisen, die das Doppelte der SBB-Tarife betrugen, geriet an den Rand des Zusammenbruchs, sobald die zahlungsfähigen Gäste ausblieben. Es bot nicht nur ein Musterbeispiel dafür, wie verhängnisvoll die einseitige Ausrichtung auf den Fremdenverkehr sich in einer Epoche ökonomischer Krisen und politischer Unruhen auswirkte; es war auch seiner ganzen Anlage nach nicht imstande, andere ökonomische Impulse in das «Land der 150 Täler» hineinzutragen. Um die Verluste der Rätischen Bahn nicht ins Ungemessene steigen zu lassen, verfiel man sogar auf den grotesken Gedanken, die bündnerischen Strassen für jeglichen Autoverkehr zu sperren; schon 1925 musste dieses abstruse Experiment abgebrochen werden, weil es nur die Folge hatte, dass mehr und mehr Autotouristen das Bündnerland umfahren und ihr Geld anderswohin trugen. Gleichzeitig wurde die tiefer-

liegende, nur zeitweise durch die Erfolge der «Fremdenindustrie» verdeckte Strukturkrise des Bergbauern-tums allgemein sichtbar; am Vorabend des Zweiten Weltkriegs stand Bünden vor dem wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott.

Vor allem nach drei Richtungen hin sucht sich der Kanton heute gegen die Wiederkehr einer ähnlichen Katastrophe zu sichern: durch die Modernisierung seines ausgedehnten Strassennetzes, den Ausbau seiner Wasserkräfte und die Industrialisierung. Im Strassenbau, der mit bewundernswerter Energie vorangetrieben wird, steht als wichtigstes Werk der Autotunnel durch den San Bernardino zuvorderst: zum erstenmal kann der Kanton, seit dieses Unternehmen vollendet worden ist, über eine leistungsfähige, das ganze Jahr hindurch benutzbare Nord—Süd-Verbindung verfügen.

Noch wichtiger vielleicht als diese Verkehrs-Verbindung erscheint es, dass seit dem Zweiten Weltkrieg der grösste natürliche Reichtum des Kantons, die Energie seiner zahllosen Bäche und Flüsse, systematisch (manchmal fast zu systematisch) nutzbar gemacht wird. Vielen Gemeinden, die allzu lange von der Hand in den Mund leben mussten, eröffnen sich damit neue, ergiebige und bitter benötigte Einnahmequellen. Zwar haben sich die Kommunen des Hinterrheintals erfolgreich gegen den Versuch gewehrt, einige ihrer schönsten Dörfer in einem Riesenstausee zu ersäufen; nichtsdestoweniger gehen im Rheinwald wie am Vorderrhein gewaltige und weitverzweigte elektrische Kombinate ihrer Vollendung entgegen, und selbst ein Teil des Nationalparks ist durch das grosse Spöl-Werk, dessen Reservoir auf italienischem Boden liegen wird, zeitweise in eine Baustelle verwandelt worden. Marmorera im Oberhalbstein, derzeit die kleinste Gemeinde des Kantons, verfügt über eines der schönsten Schul- und Gemeindehäuser Bündens: es ist ein Teil des Preises, den die Stadt Zürich dafür entrichten musste, dass die Bürger des Ortes ihr altes Dorf auf dem Talboden für die Anlage eines Staubeckens zum Opfer brachten. Und selbst der Inn, dieser helle, klare, hurtige Bergstrom, wird dem Schicksal nicht entgehen, gestaut, gezähmt und in ein langweiligträges Rinnsal verwandelt zu werden, wenn einmal die vorgesehenen Kraftwerke in den verschiedenen Talstufen zu Ende gebaut sind: was gestern noch unberührte Natur war, wird unnachtsichtig in Kilowattstunden (und in Millionen von Franken an Konzessions- und Nutzungsgebühren) umgesetzt.

Tatsächlich kann man schon beinahe von einem Wettlauf um die Wasserkräfte sprechen. Denn neben den grossen öffentlichen und halb öffentlichen Elektrizitätsgesellschaften des industriellen Mittellandes, die sich um die noch vorhandenen Reserven bemühen, ist noch ein neuer Konkurrent im Wettbewerb um Konzessionen aufgetaucht: die bündnerische Industrie selber und vor allem ihr bei weitem grösstes, auf massiven Stromverbrauch eingestelltes Unternehmen: die «Emser Werke» der Hovag mit ihren diversen Tochtergesellschaften. Es gibt kaum einen anderen Kanton, in dem ein einzelner Industriebetrieb eine so zentrale, so mächtige und allerdings auch so umstrittene Stellung einnimmt: zum erstenmal hat durch die Emser Werke die Grossindustrie in Graubünden Fuss gefasst, das bis dahin nur kleine Fabriken mit höchstens ein paar Hundert Beschäftigten kannte und nun seit zwei Jahrzehnten zum Zentrum eines weltweit verflochtenen Konzerns ge-

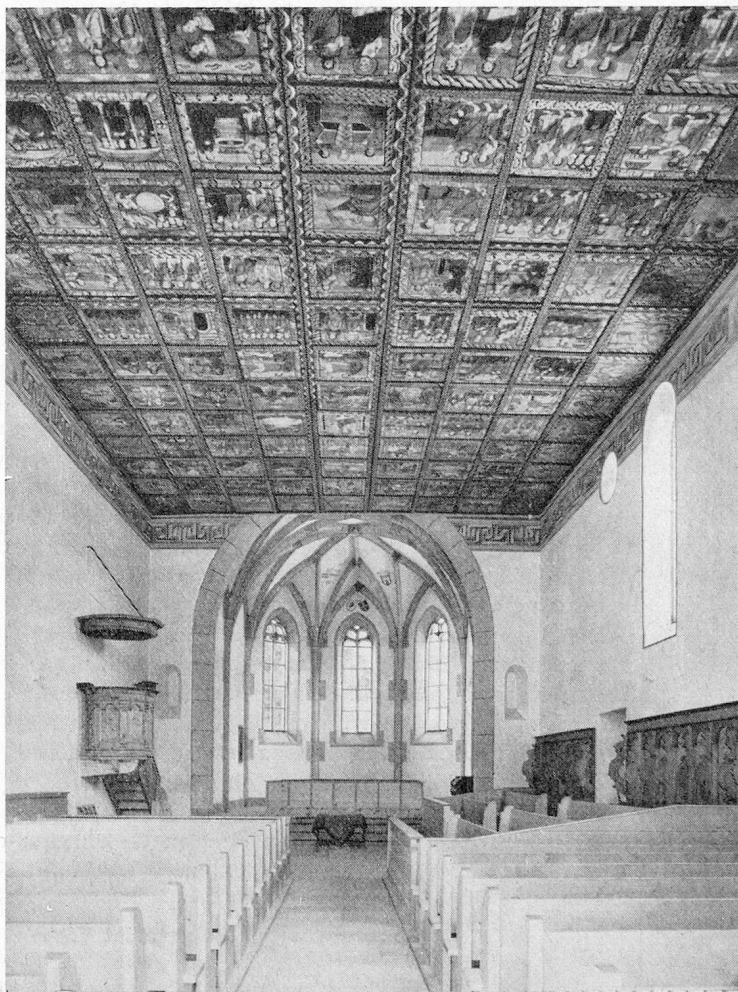
worden ist, der allein Arbeitsgelegenheiten für mehrere Tausend Menschen schafft.

Diese Politik hat auch heute noch — wie einst im 17. Jahrhundert — ihre ganz besondere Aura. Sie hält sich zwar strikt in den Bahnen demokratischer Legalität: den tumultuösen und anarchischen Zug, der ihm einst ein so schlechtes Renommee einbrachte, hat der Kanton wie eine Kinderkrankheit hinter sich gelassen. Trotzdem wird hier noch immer um einen tüchtigen Grad temperamentvoller politisiert und polemisiert als in den meisten übrigen Teilen der Schweiz, und das öffentliche Klima Rätens hat noch zu einer Zeit, da die Eidgenossenschaft insgesamt bereits als Musterbeispiel politischer Stabilität galt, politische Stürme und bruske Wetterumschläge durchgemacht, die anderswo im helvetischen Bereich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts kaum mehr zu registrieren waren.

Das gilt vor allem für das dramatische und erbitterte Duell, das hier während der ganzen Zwischenkriegszeit und noch geraume Zeit darüber hinaus zwischen den Freisinnigen und der stärker nach links tendierenden Demokratischen Partei tobte. «Demokratische» und sozialpolitisch inspirierte Sezessionen vom herrschenden und an der Macht sehr bald behäbig gewordenen Liberalismus und Radikalismus haben zwar viele Stände gekannt, ganz besonders die ostschweizerischen; im allgemeinen aber hat sich dieser Bruderstreit beruhigt, nachdem direkte Demokratie und Proportionalität die Macht und den Ausschliesslichkeitsanspruch der freisinnigen Parteiapparate aufs Erträgliche zurückgeführt haben. In Graubünden jedoch setzte diese Auseinandersetzung erst richtig ein, als sie fast überall sonst zu Ende war: in den zwanziger, vor allem aber in den dreissiger und noch in den frühen vierziger Jahren. Und das verspätete Ringen wurde mit einer Leidenschaft und Härte geführt, die erkennen liessen, dass es dabei um sehr viel mehr als nur um politische Nuancen ging: um einen jener elementaren Ausbrüche gegen ein neues «Herrentum», wie sie die rätischen Bünde auch in der Vergangenheit gelegentlich durchlebten. Allzu lange hatte die Freisinnige Partei — zuerst allein, dann in einer Art Halbbündnis mit den katholisch-konservativen Kräften — die Politik Graubündens nicht nur selbstherrlich bestimmt, sondern auch einseitig auf die Interessen der grossen Hoteliers und ihrer Trabanten ausgerichtet. Solange die Fremdenindustrie dem Land steigenden, wenn auch ungewissen und auf einige begünstigte Gebiete konzentrierten Wohlstand sicherte, liess man sich dieses Uebergewicht gefallen. Aber das änderte sich, als im Ersten Weltkrieg, vor allem aber unter dem Einfluss der grossen Wirtschaftskrise, der Devisenbeschränkungen und der Autarkie-Politik faschistischer Regimes, die prunkvollen Hotelpaläste zu veröden begannen, die gewaltige Schuldenlast der ganz auf den Tourismus hin konstruierten Bahnen samt ihren Betriebsdefiziten auf die Schultern der Steuerzahler abgewälzt werden musste und zugleich die überschuldete Hotellerie nach Hilfe zu rufen begann. Nun erhob sich unter der Führung des Feuerkopfes Dr. Gadiant eine ungestüme Opposition der Jungen gegen die Alten und des «gemeinen Mannes» gegen das scheinbar unerschütterlich etablierte Element der «grossen Hansen», und diese Rebellion fand in der Demokratischen Partei ihren Ausdruck. Im Laufe von zwei Jahrzehnten

purzelten die politischen Kräfteverhältnisse in Graubünden völlig durcheinander: hatten die Demokraten 1919 erst 10 % der Stimmen gemustert, so waren sie 1943 bis auf Haaresbreite an den Stand von 40 % herangekommen; während sich ihr Stimmenanteil so vervierfachte, sahen sich die Freisinnigen gleichzeitig um zwei Drittel (von 42 auf 14 %) reduziert. Nirgends sonst in der Schweiz gab es in dieser Zeit politische Verschiebungen vergleichbaren Ausmasses.

Noch heute wirkt manches von den Ressentiments nach, die diese Aera der hemdsärmeligen Polemiken hinterlassen hat. Inzwischen freilich ist die Kraft des demokratischen Ansturms gebrochen. Die Prosperität hat nun endlich auch Graubünden erreicht; das spielt dabei zweifellos eine gewisse Rolle. Aber noch etwas anderes hat dazu beigetragen: dass der Demokraten-Führer Gadiant sich unversehens vom anti-kapitalistischen Volkstribunen zum eifrigsten Sachverwalter der grosskapitalistischen Hovag-Interessen durchgemausert hat, ein einflussreicher Parteiflügel dieser Schwenkung des vormals unbestrittenen Chefs jedoch die Gefolgschaft verweigert. So ist das demokratische Lager, seit 15 Jahren mehr als jedes andere durch den Streit um die Emser Werke und ihren Platz in der bündnerischen Wirtschaft und Gesellschaft zerrissen, im Gefolge wachsenden Wohlstands und in-



Die Kirche von Zillis

Aufnahme: Verkehrsverein Chur

VSA-Studienreise und Ferienfahrt ins Rheinland

Mit dem Fachblatt 12/69 haben wir eingeladen zu einer gemeinsamen Fahrt ins Rheinland im Herbst 1970. Für die

Ferienfahrt

haben sich bis jetzt 40 Personen provisorisch angemeldet. Darüber freuen wir uns sehr! Die Fahrt konnte bestellt und kann zum gebotenen Preis durchgeführt werden. Sie findet statt:

Mittwoch, 16. September bis Dienstag, 22. September. Einschiffen in Basel Mittwochabend, Rückkehr nach Basel Dienstagmorgen. Fahrt mit MS EUROPA.

Diese Fahrt wird von Kollegen, die sie schon erleben durften, als eine selten schöne, erholsame Reise empfohlen.

Für alle, die sich bis jetzt provisorisch meldeten, ist Platz reserviert worden. Wir nehmen auch gerne noch weitere Anmeldungen entgegen. Nach der Tagung VSA werden alle Interessenten um schriftliche definitive Anmeldung gebeten.

Für die

Studienreise

zeigte sich weniger Interesse. Oder ist es die allgemeine Ueberlastung, die erwirkte, dass sich nur 5 Teilnehmer für die Studienreise in Altersheime 6 Teilnehmer für die Studienreise in Jugendheime entschliessen konnten? Mit der Organisation dieser Fahrten warten wir noch. Für Heimbesichtigungen sind grössere Gruppen erforderlich. Nach der Tagung wird sich zeigen, ob durch weiteren Zuzug das Unternehmen noch ermöglicht wird. Meldungen für beide Fahrten sind an G. Bürgi, im Berg, 8427 Freienstein, zu richten.

Sekretariat VSA

nerparteilichen Disputs wieder auf unter 30 % zurückgefallen. Auf der anderen Seite aber hat der Freisinn das damals verlorene Terrain nicht einmal annähernd wiederzugewinnen vermocht und ist seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bisher nie über einen Anteil von 17 % hinausgelangt.

An der Spitze aller bündnerischen Parteien stehen nun mit weitem Vorsprung die Konservativen, die 1951 erstmals mehr als zwei Fünftel aller Stimmen auf sich vereinigten und denen der stärkere Bevölkerungszuwachs der katholischen Gebiete fast automatisch ein stets grösseres Wählerreservoir zu sichern scheint; der ausgesprochen soziale Zug des bündnerischen Konservatismus, der ja im wesentlichen auch eine Partei der «kleinen Leute» ist und seine festeste Hochburg im Oberland mit seiner kombattanten demokratischen Tradition besitzt, trägt allerdings dazu bei, dass sein Wachstum nicht ohne weiteres mit einem Machtzuwachs des Besitzbürgertums identifiziert werden kann. Und gleichzeitig arbeiten sich auch die Sozialdemokraten mit dem Erlahmen der Impulse bei ihren demokratischen Verbündeten und Rivalen langsam und beharrlich wieder nach oben und kommen schon nahe an die freisinnige Wählerstärke heran. Das heisst: die eigentümliche bündnerische Parteienstruktur beginnt sich langsam zu «normalisieren»; die heftigen Ausschläge sind einer neuen Stabilität der konkurrierenden Gruppen gewichen; die sozialen Spannungen treten in den Hintergrund.

Aber noch wäre es kühn zu behaupten, dass sie sich tatsächlich aufgelöst hätten. Trotz aller Festigung ist die bündnerische Wirtschaft — und damit auch der gesellschaftliche Körper, der sich über dieser Wirtschaft aufbaut — noch weit von einem Zustand des Gleichgewichts entfernt. Der gewaltige Aufschwung des Fremdenverkehrs in den letzten zehn Jahren hat zwar dem einst vorwiegenden (und noch immer bedeutenden) Luxustourismus einen solideren Unterbau verschafft: auch der untere Mittelstand, ja selbst die Arbeiterschaft rückt nun in die Reihe der «Ferienkonsumenten» ein, und gerade in Graubünden kann man diesen Wandel und seine Folgen allenthalben verspüren. Zugleich ist es durch die Elektrifizierung und die voranschreitende Industrialisierung gelungen, die Basis der Volkswirtschaft auch nach anderen Richtungen hin zu verbreitern. Bundeshilfe für den Strassenbau und die Rätische Bahn (die diesem Unternehmen einen Abbau seiner überhöhten Tarife ermöglicht hat) verhilft dem Kanton zu einer tragfähigeren verkehrspolitischen «Infrastruktur». Das alles sind Gewinne, die kräftig zu Buch schlagen. Nichtsdestoweniger bleibt mit der Abhängigkeit vom Strom der ausländischen Feriengäste die Gefahr bestehen, das ökonomische oder politische Erschütterungen in Europa das Land in eine neue schwere Krise stürzen könnten. Die Konsolidierung Graubündens bleibt an die ökonomische und politische Stabilität Europas geknüpft.

Graubünden ist nie ein einfaches Land gewesen, das sich gleichsam von selbst in der Balance hielt. Seine Entwicklung hat sich immer in heftigen Rücken und Schüben vollzogen. Aber gerade das verleiht seiner Geschichte und seinem Wesen ihre dramatische Intensität — in der Gegenwart nicht anders als in der Vergangenheit.